

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

15. Sitzung

am Donnerstag, dem 3. Mai 2001, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Dr. Henning Höppner (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Gudrun Kockmann-Schadendorf (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Sylvia Eisenberg (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Roswitha Strauß (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Zukunft der Weiterbildung in Schleswig-Holstein	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/515	
2. Referendarbezüge für Lehramtsanwärter an beruflichen Schulen	7
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/757 Nr. 2	
3. Bericht des Bildungsministeriums über die Erfahrungen mit der „Zentralstelle für Bewerbungsanfragen (Bewerbungslotsen)“	9
4. Konzept zur Sicherung des Lehrerberarfs in Schleswig-Holstein	10
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/796	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/825	
5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes	11
Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 15/738	
6. Stärkung und Stabilisierung des Wirtschaftsstandortes, des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme durch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Schleswig-Holstein	12
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/724	

- | | |
|---|-----------|
| 7. Errichtung eines zentralen Wirtschaftsarchivs in Schleswig-Holstein | 13 |
| Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/723 | |
| 8. Terminplanung für das zweite Halbjahr 2001 | 14 |
| 9. Verschiedenes | 15 |

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Zukunft der Weiterbildung in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/515

(überwiesen am 17. November 2000 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Bildungsausschuss)

Gespräch mit dem Vorsitzenden der Kommission Weiterbildung, Herrn Fechner

hierzu: Umdrucke 15/829, 15/1028 und 15/1046

Herr Fechner knüpft an die Diskussion in der letzten Sitzung der Kommission Weiterbildung mit Mitgliedern des Bildungsausschusses an (Umdruck 15/1046) und hebt die Arbeit der Weiterbildungsverbände hervor. Das Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz habe sich bewährt; für ein eigenes Weiterbildungsgesetz gebe es keinen Bedarf. Die Anbindung der Kommission an das Wirtschaftsministerium sollte nicht ohne Not verändert werden.

Abg. Spoorendonk spricht sich dafür aus, die allgemeine Weiterbildung zu fördern, und wünscht sich aus Gründen der Planungssicherheit, zwischen Regierung und Weiterbildungseinrichtungen (zum Beispiel Volkshochschulen) analog zum Hochschulbereich Zielvereinbarungen abzuschließen.

Abg. Eisenberg thematisiert gemeinsam mit Abg. Birk die „Konkurrenz“ von beruflichen Schulen und bestehenden Weiterbildungseinrichtungen und setzt sich - unterstützt von Abg. Dr. Klug - dafür ein, neben den Gewerkschaften den Lehrerverbänden der beruflichen Schulen (VLW und BLBS) einen Sitz in der Kommission Weiterbildung zu geben (Umdruck 15/1028).

St Dr. Stegner stellt klar, dass mit der Weiterentwicklung der beruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren (Umdruck 15/829) Einrichtungen der Weiterbildung im Wettbe-

werb nicht in Schwierigkeiten gebracht werden und die Umsetzung des entsprechenden Modellversuchs im Dialog erfolgen sollten.

Abg. Weber bittet darum, die Papiere der Kommission Weiterbildung auch dem Parlament zur Verfügung zu stellen, um einen regelmäßigen Informationsfluss zu gewährleisten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Zukunft der Weiterbildung zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Referendarbezüge für Lehramtsanwärter an beruflichen Schulen

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/757 Nr. 2

(überwiesen am 21. Februar 2001)

St Dr. Stegner räumt ein, es sei nicht absehbar, wann die Gespräche zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes zu einem Ergebnis führten, und weist darauf hin, dass bereits nach der geltenden Rechtslage die Möglichkeit bestehe, sich als Lehramtsanwärter durch zusätzlichen Unterricht monatlich maximal 665 DM (als Grund- und Hauptschulanwärter) beziehungsweise bis maximal 922 DM (als Referendar am Gymnasium) hinzuverdienen und damit die jeweilige Einkommens- und Lebenssituation der Referendare zu verbessern.

Abg. Dr. Klug will Nummer 2 seines Antrages als Alternative zur Aufstockung der Referendarbezüge verstanden wissen, die auf Bundesebene in nächster Zeit offensichtlich nicht zu erreichen sei. Danach sollte der vorgeschriebene Umfang des eigenverantwortlich erteilten Unterrichts abgesenkt und den Referendaren an beruflichen Schulen die Möglichkeit gegeben werden, über die Pflichtstundenzahl hinaus eigenverantwortlich Unterricht zu erteilen und dafür eine zusätzliche Vergütung zu bekommen, ohne dass daraus insgesamt eine Mehrbelastung der Referendare resultiere.

St Dr. Stegner hält es für wenig sinnvoll, die Anzahl der Pflichtstunden im Wege einer Änderung der Prüfungsordnung leicht abzusenken, weil die Verdienstmöglichkeiten bei einer solchen Lösung hinter der bestehenden Regelung der Mehrarbeitsvergütung deutlich zurückblieben.

Abg. Birk und Abg. Eisenberg kritisieren, dass sich in Sachen Referendarbezüge bisher nichts geändert habe, und möchten von der Landesregierung wissen, welche Möglichkeiten sie ihrerseits sehe, die Bezahlung von Lehramtsanwärtern an beruflichen Schulen spätestens zum Schuljahrsbeginn 2001/2 merklich zu verbessern.

St Dr. Stegner verweist noch einmal auf die Bemühungen der Länder, über eine Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes die seinerzeitige Absenkung der Anwärterbezüge zu korrigieren. Die Initiative der FDP, über eine Änderung der Prüfungsordnung die Pflichtstundenzahl abzu-

senken und den darüber hinausgehenden Unterrichtsanteil der Referendare gesondert zu vergüten, werde - wie gesagt - materiell nicht viel bewirken.

Nummer 2 des FDP-Antrages wird einstimmig angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht des Bildungsministeriums über die Erfahrungen mit der
„Zentralstelle für Bewerbungsanfragen (Bewerbungslotsen)“**

St Dr. Stegner trägt vor, unter den bis Ende April beim so genannten Bewerbungslotsen eingegangenen 750 Anfragen befänden sich 40 ausgebildete Lehrkräfte, die in das laufende Bewerbungsverfahren für das kommende Schuljahr aufgenommen worden seien, zirka 300 Interessenten mit Hochschulabschluss mit pädagogischem Teilabschluss (zum Beispiel Diplomkünstlerzieher oder Diplompädagogen) sowie über 400 Quereinsteiger, die über einen Hochschulabschluss außerhalb von Lehramtsstudiengängen verfügten und pädagogisch entsprechend nachqualifiziert werden müssten. Parallel dazu werde man die Gespräche mit Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg wieder aufnehmen, die über einen Lehrerüberhang verfügten.

Abg. Birk bittet das Ministerium darum, den Ausschuss über die vom Ministerium für die Auswahl der Bewerber zugrunde gelegten Kriterien zu unterrichten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Konzept zur Sicherung des Lehrerbedarfs in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/796

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/825

(überwiesen am 21. März 2001)

hierzu: Umdrucke 15/1028

An dieser Stelle trägt St Dr. Stegner die allgemeine und fachspezifische Lehrerbedarfsprognose des Ministeriums vor, die er dem Ausschuss in den nächsten Wochen schriftlich zuleiten wird.

Bezüglich des CDU-Änderungsantrages beschließt der Ausschuss einstimmig, Punkt 1 des Antrages für erledigt zu erklären, und mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der CDU, Punkt 2 des Antrages abzulehnen.

In dem FDP-Antrag werden Punkt 1 mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP, Punkt 4 dritter Spiegelstrich („Leistungs- und aufgabengerechte Vergütung der Übernahme von Leitungsfunktionen im Schuldienst“) mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Punkt 5 mit den Stimmen der CDU und des Vorsitzenden bei Enthaltung von Abg. Dr. Höppner und Abg. Kockmann-Schadendorf gegen die Stimmen der übrigen Ausschussmitglieder abgelehnt; die Punkte 2 und 3 des FDP-Antrages werden ebenso einstimmig angenommen wie die ersten beiden Spiegelstriche unter Punkt 4; der letzte Spiegelstrich unter Nummer 4 („Förderung des beruflichen Aufstiegs auch jüngerer Lehrkräfte sowie der Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer“) wird mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/738

(überwiesen am 21. Februar 2001)

Der Ausschuss beschließt, zum Gesetzentwurf schriftliche Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände, der Lehrerverbände, der Landeselternbeiräte, der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern und der Unternehmensverbände einzuholen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Stärkung und Stabilisierung des Wirtschaftsstandortes, des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme durch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/724

(überwiesen am 22. Februar 2001 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Sozialausschuss, den Bildungsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Aussprache abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Errichtung eines zentralen Wirtschaftsarchivs in Schleswig-Holstein

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/723

(überwiesen am 22. Februar 2001 an den **Bildungsausschuss**, den Wirtschafts-
ausschuss und den Finanzausschuss)

Der Direktor des Landesarchivs, Prof. Dr. Witt, weist darauf hin, dass es derzeit in sechs Bundesländern zentrale Wirtschaftsarchive gebe, und zeigt sich optimistisch, dass man es durch weiter gehende Gespräche und Überzeugungsarbeit schaffen werde, auch in Schleswig-Holstein in absehbarer Zeit ein zentrales Wirtschaftsarchiv zu errichten.

Vorbehaltlich der Voten der mitberatenden Ausschüsse für Finanzen und Wirtschaft beschließt der Bildungsausschuss einstimmig, den SSW-Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

„Der Landtag wolle beschließen: Der Schleswig-Holsteinische Landtag appelliert an die schleswig-holsteinische Wirtschaft, in Kooperation mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern, den Arbeitgeberverbänden, dem DGB und dem Landesarchiv ein zentrales Wirtschaftsarchiv für Schleswig-Holstein zu errichten. Die Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen, wie sie diesen Prozess unterstützen kann.“

Punkt 8 der Tagesordnung:

Terminplanung für das zweite Halbjahr 2001

Der Ausschuss beschließt folgende Sitzungstermine: 27. September, 13 bis 15 Uhr (bei Bedarf); 5. Oktober, ganztägig (Haushaltsberatungen und Ausschusssitzung); 8. November und 6. Dezember, jeweils 14 Uhr.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) St Dr. Stegner teilt mit, Teile der **Landesgeschichtlichen Sammlung** würden nach dem Umzug der Landesbibliothek im Satorispeicher öffentlich präsentiert werden.
- b) Abg. Eisenberg bittet zum Thema Neustrukturierung der **Lehrerbildung** zu gegebener Zeit um einen Zwischenbericht.
- c) Die Niederschrift über die 11. Ausschusssitzung - Anhörung zur Stärkung der Hauptschule - wird auf Wunsch des Wirtschaftsverbands Handwerk auf Seite 17 im letzten Satz wie folgt präzisiert: „Abschließend wirft er die Frage auf, als Grundlage für die Entscheidung, welche Schulart ein Kind in der Sekundarstufe besuchen solle, **am Ende** der vierten Klasse **zusätzlich beziehungsweise ergänzend zum Grundschulgutachten** eine entsprechende Prüfung durchzuführen, **auf jeden Fall dann, wenn die Eltern von der Schulartempfehlung abweichen wollen.**“

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmerone, schließt die Sitzung um 17:00 Uhr.

gez. Dr. Ulf von Hielmerone

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer